

Freiheit und Gerechtigkeit – kritische Anmerkungen zur aktuellen Grundsatzprogrammdiskussion der CDU

von Thomas Rachel MdB

Bereits in den Diskussionen um das schlechte Abschneiden der CDU bei der letzten Bundestagswahl kam es im Herbst letzten Jahres parteiintern zu einer strittigen Grundsatzdebatte. Zwei Positionen standen sich - gewissermaßen stellvertretend für zwei breite Meinungsfronten innerhalb der christlich-demokratischen Union – gegenüber: Muss es angesichts der bedrängenden Reformherausforderungen in erster Linie um eine „Debatte über Freiheit“ und „persönliche Verantwortung“ gehen und liegt hier der wesentliche „Kern des unverwechselbaren Programms der Union“, wie es der hessische Ministerpräsident Roland Koch im Dezember des letzten Jahres betonte (F.A.Z. vom 02.12.05)? Oder hat nicht vielmehr der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers recht, der von einer „sozialen Schiefelage“ im zurückliegenden Wahlkampf gesprochen hat und beklagte, dass die um ihre „strukturelle Mehrheitsfähigkeit“ ringende Volkspartei an diesem wesentlichen Punkte „unterphilosophiert“ gewesen sei?

Die Christlich-Demokratische Union hat mittlerweile ihre Arbeit zum neuen Grundsatzprogramm aufgenommen. Die Idee der „neuen Gerechtigkeit“ - unter dem Titel „Mehr Freiheit wagen“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung ja bereits deutlich hervorgehoben - wird derzeit unter dem Motto „*Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit*“ in der CDU diskutiert. Und diese Diskussion ist gegenwärtig kontroverser denn je: Auf der einen Seite hat Jürgen Rüttgers mittlerweile mit seiner Rede von den kapitalistischen „Lebenslügen“, von der sich die Union verabschieden müsse, nachgelegt. Auf der anderen Seite wird gefordert, man solle sich endlich von der schleichenden „Sozialdemokratisierung“ der CDU verabschieden (F.Merz). Auch der Ministerpräsident des Saarlandes, Peter Müller, hat sich nun gerade zu Worte gemeldet und betont, dass die CDU „*nicht nur* die Partei der Freiheit“ sei, sondern „*vor allem* die Partei der Gerechtigkeit sein“ müsse (WELT, 30.10.2006).

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass es bei der gegenwärtigen Debatte um die Grundwerte von „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ um eine zentrale Identitätsfrage der Union geht. Ist die Union nun sozial oder doch eher liberal? Und wie lässt sich das für unsere Soziale Marktwirtschaft so konstitutive Verhältnis von sozialstaatlicher

Verantwortung und marktwirtschaftlicher Freiheit unter den Bedingungen einer gewandelten, globalisierten Welt so bestimmen, dass dadurch ein neuer gesamtgesellschaftlicher Konsens bzw. eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht werden kann? An der Beantwortung dieser Fragen hängt Entscheidendes, nicht nur für unsere Partei im engeren Sinne, sondern auch für die Zukunft unseres Landes insgesamt.

Es lässt sich nun meines Erachtens leicht einsehen, dass sowohl die Argumentationen von Ministerpräsident Roland Koch als auch diejenigen der Ministerpräsidenten Rüttgers und Müller an entscheidenden, die Grundprogrammatik unserer Partei betreffenden Punkten ergänzungsbedürftig bzw. zumindest missverständlich sind. Denn genauso wenig, wie es ausreicht, angesichts von weit über 4 Mio. Arbeitslosen, einfach nur das Loblied auf die Werte von Freiheit und Eigenverantwortung weiter zu singen, darf sich die Union, angesichts der desaströsen finanziellen Lage von Bund, Ländern und Kommunen, dazu hinreißen lassen, im Blick auf das zwar legitime, aber am Ende recht vordergründige Ziel der Mehrheiterringung, zu nicht einzuhaltenden wohlfahrtsstaatlichen Versprechungen von einst zurückzukehren. Darum müssen wir uns jetzt insbesondere um eine offene und redliche Diskussion bemühen und einseitigen Schlagwörtern von gestern ein für alle Mal den Abschied erteilen.

Wir müssen zudem – gerade in der Grundwertedebatte - vor allem wieder deutlich machen, dass für uns das christliche Menschenbild und die sich hieran anknüpfenden Werte und Präferenzen nicht nur Lippenbekenntnisse darstellen, sondern aus einer glaubwürdigen Grundhaltung entspringen, die die Christlich-Demokratische Union bis heute prägt. Kurz gesagt: Es kann keine überzeugende Grundsatzdebatte geben, ohne dass wir uns der Frage unserer entsprechenden christlichen Grundhaltungen und Wertvorstellungen wieder stellen und uns auf diese neu besinnen. Ich denke, es muss wieder deutlich werden, dass erst die gegenseitige Verbindung, Durchdringung und Begrenzung der Leitbilder von ‚Freiheit‘, ‚Solidarität‘ und ‚Gerechtigkeit‘ auch die notwendigen Spielräume für effektive politische Reformen schaffen können. Mit den Worten der christlichen Sozialethik gesprochen: „Gemeinwohl“ und „Eigennutz“ müssen neu verortet und wieder in ein ausgeglichenes und verantwortliches Verhältnis zueinander gebracht werden.

Darum muss am Begriff der ‚neuen Gerechtigkeit‘ bei den Diskussionen über das neue CDU-Grundsatzprogramm deutlich werden, dass es beim Grundwert ‚Gerechtigkeit‘ um die dringend notwendige und längst überfällige Rückgewinnung einer gesellschaftlichen Gesamtperspektive für Deutschland geht. Alle möglichen Gruppen-, Lobby- und Individualinteressen sind von dieser Perspektive aus neu zu betrachten, neu zu bewerten und in ein neues, ausgewogenes Verhältnis zueinander zu bringen. Je klarer, offensiver und lebensnäher die Ergebnisse unserer Diskussionsprozesse dann in der konkreten politischen Auseinandersetzung – vor allem an der Basis - kommuniziert werden, desto besser für Deutschland - und desto besser natürlich auch für unsere Partei.

Es ist als ein entscheidender Impuls für unsere sozialstaatlichen und ökonomischen Reformdebatten zu werten, wenn wir wieder damit beginnen, dasjenige in einem wechselseitigen Bedingungs- bzw. Beziehungsverhältnis zu sehen, was leider allzu oft getrennt voneinander betrachtet wird, nämlich insbesondere die so genannten Grundwerte von „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“. Die von den einschlägigen gesellschaftlichen und politischen Interessengruppen, Parteien und parteiinternen Lagern immer wieder nur mit einseitiger Akzentsetzung erhobenen Forderungen nach entweder mehr „Gerechtigkeit“ oder mehr „Freiheit“ bleiben nämlich, und das zeigen die Diskussionen der Vergangenheit, nur im bloß Abstrakten stecken und verhindern durch ihre Ideologiefälligkeit wirklich gangbare und konkrete Lösungswege.

Es geht darum, die Einsicht in die wesentliche Reziprozität unserer tragenden Grundwerte zu verstärken und konkret zu thematisieren. Im Grundsatzprogramm der CDU aus dem Jahre 1994 wird darum auch nach wie vor richtig festgestellt: *„Die Grundwerte erfordern und begrenzen sich gegenseitig. Keiner erfüllt ohne die anderen seinen Sinn. Ihre Gewichtung untereinander richtig zu gestalten ist Kern der politischen Auseinandersetzung.“*

Über dieses Wechselverhältnis aufs Neue und eben ganz konkret nachzudenken, und zwar vor dem Hintergrund der aktuellen Probleme unseres Sozialstaates, unserer unbefriedigenden, wirtschaftlichen Gesamtsituation sowie unserer desolaten „Kassenlage“, bedeutet in jedem Fall, darüber erst wirklich angemessen und verantwortlich nachzudenken. Eine solche Neuausrichtung unserer gemeinsamen Verständigung über die notwendigen Reformschritte impliziert unter anderem, dass beispielsweise der in den letzten Jahren die politischen Auseinandersetzungen fast ausschließlich dominierende und

bisweilen stark ideologiefällige (um nicht zu sagen: beliebig gewordene) Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ nun endlich in einen weiterreichenden und weiterführenden Verstehenskontext gerückt werden muss. Hieran knüpfen dann auch die weiteren Fragen bezüglich der anderen wichtigen Gerechtigkeitsperspektiven an, z.B.:

- Ist es im Sinne einer wohlverstandenen Befähigungs- und Chancengerechtigkeit, wenn das faktische Ungleichgewicht zwischen den Bildungszugängen und Leistungsvoraussetzungen sozial schwächerer und gehobenerer Schichten in unserem Land mit dem Instrument der „Einheitsschule“ beantwortet wird?
- Ist es im Sinne der Generationengerechtigkeit, wenn gerade Familien, insbesondere solche mit mehreren Kindern, einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind?
- Ist es denn dem Ziel einer wirklichen Teilhabegerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt auf lange Sicht dienlich, wenn staatliche Transferstandards, steigende Lohnnebenkosten und eine staatliche Strukturpolitik, die auch noch in die Tarifautonomie hineinzudirigieren trachtet, im Ergebnis ein faktisches Lohn(anspruchs)niveau definieren, welches z.B. kleine und mittelständige Unternehmen (fast 79% aller Beschäftigten arbeiten in solchen Betrieben!) kaum mehr bezahlen können, so dass es kontraproduktiver Weise zu vermehrtem Stellenabbau und zu mehr betriebsbedingten Kündigungen kommt?
- Hat es noch etwas mit wirklicher Steuer- und Lohn- bzw. Einkommensgerechtigkeit zu tun, wenn man zwar lauthals eine grundlegende Steuerreform verdammt, im gleichen Atemzug aber weiterhin duldet, dass sich im Dschungel des staatlichen Subventionssystems durch geschickte Steuerberatung mancher Wohlhabender noch wohlhabener rechnen kann, während das *Gros* der abhängig Beschäftigten unter der stetig wachsenden Gesamtabgabenlast immer stärker stranguliert wird?

All diese und noch viele weitere uns zurzeit drängend bewegenden Fragen können – wie gesagt - nur dann eine befriedigende Antwort erfahren, wenn wir wieder lernen, einen neuen gesellschaftlichen Gesamtblick zu entwickeln. Dem Druck von gesellschaftlich einflussreichen Lobbygruppen und medienpräsenten Interessenvertretern, die in

chronischer Weise dazu tendieren, ihre von Eigennutz-Erwägungen motivierten Vorstellungen und Forderungen zum alleinigen Maßstab auch des Gemeinwohls zu deklarieren, muss deshalb politisch entschieden und konsequent entgegen getreten werden.

Gerechtigkeit und Gleichheit gehören zusammen, aber auch Gerechtigkeit und Freiheit. Im Kern erweist sich die dringend notwendige Neuformulierung der Gerechtigkeitsfrage unter aktuellen politischen Vorzeichen somit auch als Frage nach der neuen Verhältnisbestimmung von Freiheit und Gleichheit innerhalb des Gerechtigkeitsbegriffes selbst. Freiheit und Gleichheit lassen sich ja auch als Momente der Gerechtigkeit verstehen. Dies so zu sehen, präzisiert vielleicht sogar das entscheidende Spannungsverhältnis der gegenwärtigen Debatten auf treffendere Weise, als wenn man immer wieder nur die Größen „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ neben- oder gegeneinander stellt und pauschal und allgemein als Grundwerte beschwört. Denn die oft mit großem Pathos gepriesenen Abstraktbegriffe neigen ja unter der Hand ganz schnell wieder dazu, in den jeweiligen Ideenhimmel zu entschwinden, aus dem sie entstammen.

Vor diesem Hintergrund ist die Rede von einem *Mehr* an „Freiheit“ im aktuellen Unionslogan durchaus erklärungs- und auslegungsbedürftig. Es könnte nämlich so erscheinen, als ob „Freiheit“ hier bloß *quantitativ* eingefordert würde. Dann bestünde die Aussage nur wieder lediglich darin, dass man Freiheit im Sinne von (einseitig verstandener) Eigenverantwortung auf Kosten des Solidaritätsaspektes überbetonen wollte und böte – zu Recht – eine abermalige Angriffsfläche für die Stereotype des „Neoliberalismus“-Vorwurfes. Das soll aber doch gerade nicht gemeint sein. Denn als Union fordern wir aus gutem Grund vielmehr einen „neuen“ Gerechtigkeitsbegriff und somit auch ein neues Nachdenken über das in diesem als unverzichtbar enthaltene Moment von Freiheit. Das neue Nachdenken der Union sollte Freiheit gerade als unverzichtbares Wesenselement am Gerechtigkeitsbegriff selbst qualitativ neu hervortreten lassen und würdigen. Es geht um eine neue Würdigung von Freiheit und Eigenverantwortung, die eben nicht auf Kosten des Solidargedankens und somit insgesamt nicht zu weniger, sondern zu *mehr* Gerechtigkeit (im wohlverstandenen, *qualitativen* Sinne des Wortes) führt!

Eine entscheidende Bedingung hierfür erblicke ich nun in dem Erfordernis der Rückbesinnung auf unsere ureigensten, im christlichen Menschenbild wurzelnden Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen. Sowohl die römisch-katholische Soziallehre mit ihren konsequent vom Menschen her denkenden und ihn würdigenden Prinzipien der Person, der Solidarität und der Subsidiarität als auch die prägenden Traditionen evangelischer Sozialethik weisen uns hier den Weg und definieren den Menschen in vollgültiger Weise als gemeinschaftsbezogenes Wesen jenseits der fragwürdigen Alternativen individualistisch-liberaler oder kollektivistisch-sozialistischer Verzerrungen. Auch in der jüngsten Denkschrift des Rates der EKD unter dem Titel „Gerechte Teilhabe“ heißt es deshalb treffend: *„Aus christlich-sozialethischer Sicht geht es nicht um eine Gesellschaft der Gleichheit im Sinne von Uniformität. Es geht um eine Gesellschaft, in der alle auf ihre Weise, und möglichst selbst gewählt, Anteil an den in der Gesellschaft üblichen Möglichkeiten haben können (...).“* (S. 20)

Es ist darum auch und gerade für unsere sozialstaatlichen und wirtschafts- bzw. finanzpolitischen Reformdebatten ungemein erhellend, wenn der Christenmensch – mit Martin Luther gesprochen – eben darum weiß, dass er sowohl *ein freier Herr* ist und *niemandem Untertan*, als auch *ein dienstbarer Knecht und jedermann Untertan*. Die Freiheit des Christenmenschen ist eben nicht die radikale Freiheit von allem und jedem, sondern die Freiheit in Bindung und Verpflichtung, die sich gleichermaßen um Verantwortung für sich selbst wie auch für andere bemüht. Der Mensch existiert nach christlicher Vorstellung nicht in erster Linie autonom für sich, so wie es das Dogma einer individualistisch-hedonistischen Gesellschaftskultur immer gerne definieren möchte. Der christliche Glaube bekennt vielmehr, dass der Mensch nur in lebendigen Relationen existieren kann. Relationen sind aber immer auch Verhältnisse wechselseitiger Abhängigkeiten und Aufeinander-Angewiesenheiten. Der Christenmensch darf sich seinem Mitmenschen und Nächsten wie auch letztlich Gott selbst gegenüber nicht nur einseitig als verantwortlich, sondern eben auch als abhängig und angewiesen fühlen. Er lebt somit in Bezügen hilfreicher Gemeinschaft, die ihn bejahen und die er wiederum bejaht. Hilfe- und Fürsorgebedürftigkeit haben so im christlichen Glauben einen mindestens genauso guten Klang wie Hilfe- und Fürsorgebereitschaft. Die wohlverstandene Freiheit ist im christlichen Menschenbild immer auch zugleich solidarisch vermittelt. Das bedeutet, dass Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit niemals als voneinander gesonderte Perspektiven des Menschseins einander gegenüber gestellt werden bzw. auseinander fallen können.

Schließlich darf ein wesentlicher Aspekt hierbei aber nicht vergessen werden: Das christliche Verständnis vom Menschen beschreibt nicht nur eine Idee oder ein Prinzip, sondern aus ihm ergibt sich zugleich der existentielle Aufruf und Anspruch, dieses auch in dieser Welt verantwortlich umzusetzen und zu leben.

Der Christenmensch ist durch seinen Glauben befreit zur Verantwortung für sich selbst und zum Dienst für andere. Insofern ist er dazu angehalten, sowohl seine Eigenverantwortung aus Solidarität mit seinem Nächsten dort wahrzunehmen, wo er dazu selbst in der Lage ist, als auch denen in Freiheit zu helfen, die dazu eben nicht fähig sind. Ausgangspunkt christdemokratischen Politikverständnisses ist somit immer der Mensch selbst in der Fülle all seiner gesellschaftlichen Bezüge und Hinsichtnahmen. Dies gilt es wieder neu in Erinnerung zu rufen: Eine Politik, die ihr „Geschäft“ nur noch mechanistisch zu verwalten weiß und zur ideenlose Sklavin von wechselnden Machtegoismen, diffusen Strukturzwängen oder orientierungslosem Aktionismus degeneriert steht in klarem Widerspruch zum christlichen Bild vom Menschen. Nicht zuletzt darin erweist sich dieses jedoch wiederum als tragfähiger Orientierungsmaßstab für politisches Handeln. Der Mensch in der Fülle seiner gesellschaftlichen Bezüge und Hinsichtnahmen - das und nichts anderes muss auch die Perspektive der Union sein, wenn sie von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität reden will.

Natürlich lassen sich aus solchen grundlegenden Vergewisserungen nicht unmittelbar politische Gestaltungs- bzw. Handlungsanweisungen ableiten. Diese Grundlagen und Grundwerte sind aber gleichwohl entscheidende Voraussetzungen dafür, dass die Politik ihre Richtung, ihre Orientierung, ihr Maß und ihr Ziel im Auge behält.

Aus dem notwendigen demokratischen Wettstreit der parteipolitischen Grundsatzprogramme muss am Ende auch der ebenso unverzichtbare Wettstreit über die konkreten politischen Mittel, Wege und Instrumente resultieren. Beides gehört in differenzierter Weise zusammen: Einerseits kann es ohne Grundorientierungen, Wertpräferenzen und Leitlinien keine verantwortliche und tragfähige politische Agenda geben. Ohne den konkreten Blick, das wirkliche Verständnis und die gelebte Verantwortung für die unterschiedlichsten Lebenswelten der Menschen entlarvt sich andererseits jeder noch so hehre Grundsatz als bloße Ideologie.

Darum muss eine christdemokratische Politik vor allem immer konkret und nahe bei den Menschen und ihrer unterschiedlichen Lebenswelten sein. Es ist in diesem Zusammenhang richtig, dass etwa der abstrakte Verweis auf die Grundwerte oder das christliche Menschenbild der ständigen Gefahr ausgesetzt ist, zu bloß ideologischen Schlagwörtern und leeren Floskeln zu geraten. Doch ein solcher faktischer Missbrauch, überall dort, wo er sich im politischen Alltag leider immer wieder zeigt (gezeigt hat oder zeigen wird), konterkariert nicht den grundsätzlichen Sinn und Nutzen einer solchen politischen Grundsatzprogrammarbeit überhaupt, denn er dient – im Positiven wie Negativen – der Vergewisserung der politischen Wurzeln und Ziele. Die Gefahr ideologischer Erstarrung wird jedoch akut, wenn nicht mehr genügend im Blick ist, dass auch und gerade eine wertegebundene Politik – in all ihrer Fehlbarkeit und Unvollkommenheit – immer nur als dynamischer, kreativer und offener Prozess, niemals aber als ruhender Endzustand zu haben ist. Gerade Christinnen und Christen in der Politik wissen dies sehr gut oder sollten es zumindest besser wissen.

Eine christdemokratische Politik, die wieder neu für den Grundwert der Freiheit werben, Fehlentwicklungen aufzeigen und neue Gerechtigkeitsperspektiven gewinnen will, kann nur dann Erfolg haben, wenn sie diese Freiheit als die „Freiheit des Christenmenschen“ versteht und glaubwürdig kommuniziert. Sie muss dabei deutlich machen, dass in christlicher Perspektive Eigenverantwortung nicht einfach mit Egoismus und Gerechtigkeit nicht einfach mit Sozialismus und zu verwechseln ist.

Dies wird ihr Ausgangspunkt sein, mit dem sie in den politischen Wettstreit mit anderen tritt. Meiner Partei rate ich, sich auf diesem Weg eines zentralen Gedankens wieder zu vergewissern: Das christliche Menschenbild ist auch weiterhin ein verlässlicher Kompass für die Zukunft, denn es steht für einen wohl verstandenen Freiheits- und Gerechtigkeitsbegriff mit garantiertem gesellschaftspolitischen „Mehrwert“.